Frankreich

FLORENCE DELOCHE-GAUDEZ / CHRISTIAN LEQUESNE

Im Verlauf des Jahres 1999-2000 war die Europapolitik Frankreichs durch vier Schwerpunkte gekennzeichnet. Der erste war die Annahme der Finanziellen Vorausschau 2000-2006 („Agenda 2000") auf dem Sondergipfel des Europäischen Rats von Berlin im März 1999. Die Union sollte auf diese Weise auf ihre künftige Erweiterung vorbereitet werden. Die französische Regierung befürwortete in der Folge am Ende des Europäischen Rats von Helsinki im Dezember 1999 die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit allen Kandidatenländern, blieb jedoch im Hinblick auf die Bedingungen zur Umsetzung des Prozesses sehr vorsichtig. Parallel dazu präzisierte die französische Regierung drittens ihre Positionen zur Reform der Institutionen der Europäischen Union, die von nun an auf der Tagesordnung der Regierungskonferenz 2000 steht. Die französische EU-Präsidentschaft im zweiten Halbjahr 2000 erarbeitete ihre spezifischen Prioritäten in einem politischen Rahmen, der durch die Rivalität zwischen dem gaullistischen Präsidenten Jacques Chirac und dem sozialistischen Premierminister Lionel Jospin geprägt war. Mit Beginn der EU-Präsidentschaft setzte auch unter den französischen Politikern die Debatte um die institutionelle Zukunft eines erweiterten Europas ein.

Die Annahme der Agenda 2000

Während der Verhandlungen zur Agenda 2000, die erst nach der Regierungsbildung in Deutschland Ende 1998 richtig begannen, empfahl die französische Führungsriege ein Einfrieren der Ausgaben der Fünfzehn auf dem derzeitigen Niveau. Sie präsentierte das Prinzip der „Stabilisierung" als ein Mittel, um den neuerlichen Ausgaben zu begegnen, die durch die Erweiterung anstehen.

Frankreich hielt sich an dieses Prinzip – auch im Agrarbereich, wo es doch der größte Empfänger der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) ist. Frankreich hat beispielsweise ohne größeres Murren die Senkung der Getreidepreise hingenommen.[1] Es muss erwähnt werden, dass es Frankreichs erste Sorge war, jegliche Pläne zur „Kofinanzierung" vom Tisch zu bekommen. Die Deutschen waren versucht, auf diese Weise eine Verringerung der Ausgaben der Gemeinschaft in den kommenden Jahren zu erreichen, unterschätzten aber die Auswirkungen für den französischen Partner, der zu diesem Zeitpunkt die EU-Präsidentschaft innehatte.

Um den Plan der Kofinanzierung abzuwenden machte Frankreich zunächst geltend, dass diese Pläne bereits einen Ansatz zur „Renationalisierung" der GAP in sich trügen und auf diese Weise eine der wichtigsten Gemeinschaftspolitiken in

Frage stellten. Trotz der Kohabitation und einiger Meinungsverschiedenheiten, die 1998 spürbar waren, machten der gaullistische Staatspräsident und sein sozialistischer Premierminister während der letzten Phase der Verhandlungen „gemeinsam Front" gegen diese Pläne. Lionel Jospin wollte nicht hinter Jacques Chirac zurückbleiben, der aus einem ländlichen Wahlkreis stammt und traditionell den Interessen der bäuerlichen Wählerschaft nahe steht. Auf dem Sondergipfel des Europäischen Rates in Berlin enttäuschte der Präsident seinen Ruf nicht; er verhandelte standfest die halbe Nacht lang, um Zugeständnisse zu erreichen, insbesondere bei der Verschiebung der Reform des Milchquotensystems.[2]

In Bezug auf die Reform der Strukturfonds sprach sich Frankreich erneut für eine Stabilisierung des Gesamtvolumens sowie für eine Konzentration der Mittel auf die ärmsten Regionen aus. Sicher fiel dies schwer, da Frankreich nicht zu den Hauptnutznießern dieser Gemeinschaftspolitik zählt.[3]

Angesichts der immer drängender werdenden Forderung einiger Mitgliedstaaten, insbesondere Deutschlands, im Rahmen dieser Finanzdiskussion eine Verringerung ihrer Nettobeiträge zu erreichen, machte Frankreich zunächst geltend, dass eine Stabilisierung der derzeitigen Ausgaben nur eine erste Reaktion darstellen könne. Frankreich zeigte sich ebenfalls gegenüber einer Erhöhung der Bruttosozialprodukt-Eigenmittel zu Lasten der Mehrwertsteuer-Eigenmittel positiv eingestellt. So kommt nach Ansicht der Befürworter die Beitragskapazität eines jeden Staates besser zum Tragen. Dagegen stellt sich Frankreich jeglicher Nivellierung der Beiträge entgegen, die die Kommission vorgeschlagen hatte. Nicht nur würde dies dem Geist der Europäischen Integration entgegen stehen, zudem würde dies zu einer Verallgemeinerung des Mechanismus der Teilerstattung führen, von dem die Briten profitieren.

Am Ende des Sondergipfels in Berlin im März 1999 schien die französische Führung relativ zufrieden mit dem Finanzrahmen, der für den Zeitraum 2000-2006[4] festgesetzt wurde. Diese Vereinbarung zur Agenda 2000 entspricht den französischen Prioritäten. Sie lehnt die Kofinanzierung der GAP ab, die Frankreich unbedingt vermeiden wollte. Es darf nicht vergessen werden, dass hinter der großzügigen Vokabel „finanzielle Solidarität", die in der Gegnerschaft der Kofinanzierung vorgeschoben wird, sich die Finanzierung einer Politik durch alle verbirgt, von der in erster Linie bestimmte französische Landwirte profitieren.

Generell trägt die Vereinbarung dazu bei, den Beitritt der neuen Mitgliedstaaten vorzubereiten. Die Verfolgung der Gemeinschaftspolitiken scheint für die nächsten Jahre gesichert zu sein: Wie es die Franzosen wünschen werden die Ausgaben insgesamt stabilisiert und sogar vermehrt Haushaltsmittel verfügbar sein, um dem Beitritt möglicher neuer Mitglieder ab 2002 gewachsen zu sein.[5]

Auch kann gefragt werden, ob mangels radikalerer Maßnahmen die Bestimmungen der Agenda 2000 ausreichen werden, um die Kosten der Gemeinschaftspolitiken in einem erweiterten Europa im Zaum halten zu können – vor allem im Lichte der Beschleunigung des Erweiterungsprozesses, den der Europäische Rat von Helsinki im Dezember 1999 beschlossen hat. Die Verringerung der Agrarpreise scheint beispielsweise nicht weit genug zu gehen. Die Erweiterung der Union könn-

te von daher die gemeinsame Politik neu aufrollen, der sich bisher die mächtigen französischen Bauernverbände widersetzt haben. Es ist dennoch schwierig, sich derzeit über die Tragweite des Ausgabenzuwachses zu äußern, die der Beitritt der Kandidatenländer mit sich bringt. Dies hängt auch von der Entwicklung in den einzelnen Ländern ab. Generell finden Anpassungen innerhalb der EU-Strukturen meist Schritt für Schritt statt. Es wäre keine Überraschung, wenn die Einigung über die Agenda 2000 zu neuerlichen Richtungswechseln führen würde.

Die Erweiterung der Beitrittsverhandlungen

Einige Monate nachdem diese Vereinbarung geschlossen wurde stimmte die französische Regierung im Europäischen Rat von Helsinki im Dezember 1999 der Eröffnung von Beitrittsverhandlungen mit einer Gruppe von sechs weiteren Ländern zu. Anlässlich des Europäischen Rats in Luxemburg im Dezember 1997 hatte sie noch dagegen gestimmt. Unter den Ländern dieser zweiten Welle befinden sich Balkanländer wie Rumänien oder Bulgarien, die Frankreich schon immer gerne unterstützte, um ein Gegengewicht zu den Ländern zu schaffen, die in Mitteleuropa die Unterstützung Deutschlands erfahren.

Die französische Regierung sprach sich auf dem Europäischen Rat in Helsinki ebenfalls für das Bekenntnis zu den Beitrittsbemühungen der Türkei aus, obwohl diese Entscheidung unter den Politikern nicht einstimmig gefällt wurde. Innerhalb der sozialistischen Partei und den Mitte-Rechtsparteien, wie der Union pour la Démocratie Française (UDF), herrschen starke Vorbehalte in Bezug auf eine Normalisierung der Beziehungen zur Türkei aus Gründen, die im Wesentlichen in zwei Kategorien fallen. In der sozialistischen Partei zielt die Kritik von Persönlichkeiten wie Jack Lang hauptsächlich auf die Nichtbeachtung der Kriterien von Kopenhagen durch die Regierung in Ankara im Hinblick auf die Kurdenfrage. Innerhalb der UDF beziehen sich Vorbehalte von Persönlichkeiten wie dem Europaabgeordneten Alain Lamassoure mehr auf das Unvermögen, ein großes Land wie die Türkei „verdauen" zu können, ohne dabei jegliche Möglichkeit einer Vertiefung der EU in Zukunft empfindlich zu beschneiden. Auch wenn dieses Argument nicht ausdrücklich erwähnt wird, so ist die Tatsache, dass es sich bei der Türkei um ein islamisches Land handelt, bei den Vorbehalten der Rechten nicht gleichgültig.

Die französische Regierung plagt immer noch die Sorge, dass die Erweiterung zu einem Verwässern der Europäischen Integration führen könnte. Sie zeigte sich sehr interessiert, dass die Beitrittsverhandlungen durch die folgenden Prinzipien bestimmt werden: Eine differenzierte Öffnung der Verhandlungskapitel je nach Verdienst des einzelnen Landes und je nachdem, ob es sich um ein Land der ersten oder der zweiten Welle handelt. Zudem sollen die Verpflichtungen der Kandidatenländer zur Übernahme des gemeinschaftlichen Besitzstandes verfolgt werden, damit der Fortschritt der „guten Schüler" durch die vorläufige Schließung eines Kapitels belohnt werden kann – oder andernfalls andere Kapitel neu geöffnet werden, falls der acquis nicht angewendet wird. Frankreich beantragte bei der Europäischen Kommission Informationstagungen in der Folge der Verhandlungen abzu-

halten, damit der Rat regelmäßig auf dem Laufenden gehalten werden kann, insbesondere zu sensiblen Kapiteln wie der Landwirtschaft, Justiz, innere Angelegenheiten sowie dem freien Verkehr von Personen. Die konkreten Verhandlung bleiben in Frankreich auf den politisch-diplomatischen Bereich beschränkt. In keinster Weise entstand bisher eine kritische öffentliche Debatte. In gewisser Hinsicht ist es beunruhigend, dass sich im April 2000 lediglich 34% der Franzosen für eine Erweiterung aussprachen.[6] Über die Reform der europäischen Institutionen hinaus nehmen die Politiker und die öffentliche Meinung selten Bezug auf Punkte einzelner Kapitel oder die Behandlung von Übergangszeiträumen. Einzige Ausnahme ist die Landwirtschaft, seit jeher ein sensibles Thema in Frankreich. Politiker wie Bauernverbände äußern regelmäßig ihre Befürchtungen, dass eine Ausdehnung der GAP auf die Beitrittskandidaten – insbesondere auf Polen – als Gelegenheit betrachtet wird, um die Mechanismen zur Preisstützung insgesamt in Frage zu stellen.

Die Festlegung eines offiziellen Datums für die erste Erweiterung steht in Frankreich nicht auf der Tagesordnung, obwohl der Außenminister Hubert Védrine und der Staatssekretär für Europäische Angelegenheiten Pierre Moscovici bereits 2003 und 2004 als mögliche Daten eines ersten Beitritts genannt hatten.[7] Die Vorlage eines Abschlussszenarios der Beitragsverhandlungen mit jedem Beitrittskandidaten wird als Priorität auf der Agenda der französischen EU-Präsidentschaft geführt.[8] Der Wunsch der Regierung ist es außerdem, die Beitrittskandidaten über das Fortschreiten der Regierungskonferenz 2000 auf dem Laufenden zu halten, damit eine Verbindung zwischen den Beitrittsverhandlungen und der institutionellen Reform deutlich wird. Während seiner Präsidentschaft möchte Frankreich die Europa-Konferenz wieder aufleben lassen. Diese französische Idee blieb eine „leere Schale" seitdem sie durch den Europäischen Rat von Luxemburg im Dezember 1997 ins Leben gerufen wurde. Ein weiteres Treffen der Europa-Konferenz ist für den 23. November 2000 in Montbéliard vorgesehen, einer Stadt an der französisch-schweizerischen Grenze, gleichzeitig Wahlheimat von Pierre Moscovici.

Beginn der Regierungskonferenz

Seit der Unterzeichnung des Vertrages von Amsterdam, mit dem es nicht gelungen ist eine Reihe institutioneller Fragen zu lösen, bezog Frankreich deutlich Position: Es unterzeichnete mit Belgien und Italien ein Erklärung, die erneut darauf hinweist, dass die „Stärkung der Institutionen" eine „unverzichtbare Voraussetzung für den Abschluss der ersten Beitrittsverhandlungen"[9] darstellt. Das Argument ist bekannt: Die für sechs Mitgliedstaaten geschaffenen Institutionen zeigen ihre Grenzen bereits bei 15 Mitgliedern. Neue Beitritte sind ausgeschlossen, wenn nicht zuvor die Fähigkeit der Mitglieder der Union sichergestellt wird, gemeinsame Entscheidungen zu treffen. Eine weitere Regierungskonferenz wurde notwendig und im Februar 2000 eröffnet. Ihre Tagesordnung beschränkt sich auf drei „Hausaufgaben von Amsterdam" – die Größe und Zusammensetzung der Europäischen Kommission, die Gewichtung der Stimmen im Rat sowie die mögliche Ausdehnung des qualifizierten Mehrheitswahlrechts im Rat – und eine begrenzte Anzahl damit in

Zusammenhang stehender Themen. Der Europäische Rat in Feira im Juni 2000 setzte die Frage der verstärkten Zusammenarbeit mit auf die Tagesordnung, was Frankreich befürwortete.[10] Was die Grundrechte-Charta und Verteidigungsfragen anbelangt ist nicht sicher, ob diese Anlass für neue Vertragsbestimmungen bieten.

Zunächst stellt sich die Frage nach der Zusammensetzung der Kommission. Nach anfänglichem Zögern verteidigten die Franzosen weiterhin ihre Vorstellung einer „gestrafften" Kommission mit weniger Kommissaren als Mitgliedstaaten. Diese Position hatte Frankreich in Amsterdam isoliert.[11] Nach Meinung Frankreichs ist diese Lösung am besten geeignet, um die Unabhängigkeit und Kollegialität der Kommission in einem erweiterten Europa zu sichern. Eine solche Position stößt auf die Weigerung kleiner Staaten, die ihren Kommissar nicht verlieren wollen. Frankreich wird dies während seiner EU-Präsidentschaft berücksichtigen müssen. Die französische Regierung ist sich möglicherweise der Zwänge nicht ausreichend bewusst, die die Last der Präsidentschaft mit sich bringt. Es wird sich prioritär darum bemühen müssen, für alle Seiten akzeptable Kompromisse zu finden– auch auf die Gefahr hin, dass es auf einige nationale Positionen verzichten muss. Frankreich könnte auch die Möglichkeit der Aufrechterhaltung des Prinzips eines Kommissars pro Mitgliedsland akzeptieren, unter der Bedingung, dass damit eine größere „Hierarchisierung" des Gremiums einhergeht.[12]

Ein weiterer Anreiz für Frankreich auf seinen zweiten Kommissar zu verzichten wäre, wenn es sich in einer anderen Sache durchsetzen könnte: Bei der Gewichtung der Stimmen im Rat im Rahmen der Abstimmung mit qualifizierter Mehrheit.[13] Um ihre Forderung nach einer Neugewichtung der Stimmen zu rechtfertigen bringen die Franzosen Argumente vor, die sich auf die Legitimität gemeinsamer Entscheidungen stützen. In einer erweiterten Union könnte die Überrepräsentation der „kleinen" Staaten dazu führen, dass eine qualifizierte Mehrheit nur eine schwache Mehrheit gemessen an der Bevölkerungszahl darstellt, während sie zu Beginn der Europäischen Integration mindestens mehr als zwei Drittel ausmachte.[14] Frankreich könnte im Extremfall schlicht und einfach versuchen, sein relatives Gewicht in einer erweiterten Union zu halten. Die Möglichkeit der Neugewichtung der Stimmen steht in Konkurrenz zu einer anderen Möglichkeit, der der doppelten Mehrheit.[15] Deutschland sieht darin letztlich ein Mittel, sein reales demographisches Gewicht besser einbringen zu können, ohne explizit mehr Stimmen fordern zu müssen als die anderen „großen" Mitgliedstaaten. Zu dieser Frage scheint die französische Führung ihre Position noch nicht festgelegt zu haben.

Im Hinblick auf die ungelösten Fragen von Amsterdam scheint Frankreich seine Position zum Ausbau der qualifizierten Mehrheit im Rat etwas modifiziert zu haben. Zu Beginn schien es dieser Entwicklung relativ positiv gegenüber zu stehen, damit gemeinsame Entscheidungen in einem erweiterten Europa leichter gefällt werden können.[16] Doch der Beginn konkreter Diskussionen während der portugiesischen Präsidentschaft brachte gewisse französische Vorbehalte ans Licht, beispielsweise im Handelssektor.[17] Jede Delegation besaß ihre eigenen Vorstellungen und definiert Ausnahmen von der allgemeinen Regel so, dass in Wirklichkeit eher mühsame Einzelfalldiskussionen an die Stelle der qualifizierten Mehrheit traten.

Schließlich befürwortet die Regierung in der Frage der verstärkten Zusammenarbeit eine Lockerung der im Vertrag von Amsterdam niedergelegten Bedingungen. Die französische Regierung wünscht vor allem, dass in einer erweiterten Union zumindest die für eine verstärkte Zusammenarbeit benötigte Mindestanzahl der Hälfte der Mitgliedstaaten gesenkt wird und dass das den nicht teilnehmenden Staaten gewährte Vetorecht abgeschafft wird.[18]

Die Perspektiven der französischen Präsidentschaft

Der Kohabitation verpflichtet, legten der Staatspräsident und der Premierminister jeweils im Frühjahr 2000 die Richtlinien der französischen Präsidentschaft für das zweite Halbjahr vor. Gemäß der Tradition der vorhergehenden französischen Präsidentschaften lässt sich das Programm grob in zwei Teilen betrachten. Der erste Teil behandelt die Verwaltung der laufenden Agenda der Gemeinschaft, die angesichts des angestrebten Abschlusses der Regierungskonferenz in Nizza Ende des Jahres sehr beladen ist. Der zweite Teil enthält Prioritäten, die im Zusammenhang mit der Europa-Debatte in der französischen Politik stehen. An dieser Stelle seien fünf genannt: Ein Wiederaufleben der sozialpolitischen Agenda; die Stärkung eines wirtschaftspolitischen neben dem währungspolitischen Pol, vertreten durch die Europäische Zentralbank; die Schaffung eines europäischen Wissensraumes, der die Mobilitätshindernisse für Studenten, Lehrende und Forscher beseitigt; die Entwicklung einer europäischen Sicherheitspolitik für Ernährungsfragen als Reaktion auf die BSE-Krise und die französische Debatte zur Globalisierung, die unter anderem „mal-bouffe" mit sich bringt; sowie die Stärkung einer Sicherheitspolitik im Seeverkehr als Reaktion auf die Umweltverschmutzung durch den auf Grund gelaufenen Öltanker „Erika" vor der Küste der Bretagne. Das Ziel des Staatspräsidenten wie der Regierung ist es, diese Themen, denen die französischen Bürger in ihren Forderungen an Europa Priorität zumessen, in den Vordergrund zu rücken. Diese interne Instrumentalisierung der EU-Präsidentschaft ist nicht neu; sie ist Teil der politisch-administrativen Tradition Frankreichs.

Der Wunsch, in Nizza um jeden Preis einen Kompromiss zu erreichen, veranlasste die Regierung Jospin dazu, die Agenda der französischen EU-Präsidentschaft soweit als möglich getrennt von allen längerfristigen Überlegungen zum institutionellen Wandel der EU zu behandeln.[19] Nach Meinung einiger Experten scheint die Bescheidenheit ohne eine größere Initiative für Europa zu einer neuen französischen Vorgehensweise geworden zu sein.[20] Diese freiwillige Trennung von kurzfristigen und langfristigen Zielen gab in Frankreich Anlass zu lebhafter Kritik.

Diese Trennung wirkte wie ein deutlicher Rückzug im Vergleich zu einigen Stellungnahmen, die im Ausland abgegeben wurden, besonders im Vergleich zur Rede des deutschen Außenministers Joschka Fischer im Mai 2000 in der Humboldt-Universität in Berlin. Dem Beispiel des Schäuble-Lamers Papier von 1994 folgend führte der Aufruf von Joschka Fischer zu einer Debatte in Frankreich. Es gab ein positiveres Echo, trotz des übertriebenen und vereinzelten Kommentars des Innenministers Jean-Pierre Chevènement, der diese föderalistischen Vorschläge mit den

Schwierigkeiten der Deutschen gleichsetzte, ihre nationalsozialistische Vergangenheit zu überwinden. Die positive Aufnahme erklärt sich durch die Tatsache, dass die Rede des deutschen Außenministers langfristige Ziele beschrieb und Überlegungen zu den modernen Formen des Föderalismus und der Bildung eines „Schwerpunkts" in Gang setzte, die sich mit Vorschlägen deckten, die von Politikern wie Jacques Delors, aber auch Universitätsprofessoren wie Jean-Louis Quermonne, formuliert wurden.[21] Die Reaktion auf die Rede von Joschka Fischer kam keineswegs aus dem sozialistischen Lager, sondern vom gaullistischen Staatspräsidenten Jacques Chirac. In seiner Rede vor dem Bundestag am 27. Juni 2000 zögerte Präsident Chirac nicht, sich „jenseits der Regierungskonferenz" anzusiedeln, indem er an die Notwendigkeit einer Europäischen Verfassung erinnerte, die durch das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente vorbereitet werden sollte und zu der sich die Völker äußern müssten. Er zögerte auch nicht, zur Schaffung einer „Pioniergruppe" mit Deutschland und Frankreich als Mittelpunkte aufzurufen, die Vorreiter sein sollte für eine bessere Koordination der Wirtschaftspolitiken, eine Stärkung der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik und für größere Effizienz im Kampf gegen die Kriminalität.[22] Das Europa-Engagement des Staatspräsidenten beinhaltet in Anbetracht der Präsidentschaftswahlen im Jahr 2002 ein gewisses Risiko, da es die Grenze dessen überschreitet, was für einen Großteil der aktiven Mitglieder und Anhänger des Rassemblement pour la République (RPR) annehmbar ist. Doch wenn man einer jüngeren Umfrage Glauben schenken möchte, geht der Präsident mit der Mehrheit der Franzosen konform, die eine Beschleunigung der politischen und wirtschaftlichen Einigung der Europäischen Union befürworten.[23]

Die öffentliche Debatte über eine Europäische Verfassung war in Frankreich lange Zeit tabu und fand im Verborgenen statt. Anlässlich der Regierungskonferenz und der französischen Präsidentschaft meldete sie sich zurück. Diese Debatte brachte Initiativen der Rechten wie der Linken hervor. François Bayrou, Vorsitzender der UDF, und Daniel Cohn-Bendit, Abgeordneter der Grünen im Europäischen Parlament, riefen gemeinsam zur Ausarbeitung einer Europäischen Verfassung auf.[24] Ihrem Vorschlag folgten zwei Köpfe des RPR, Jacques Toubon und Alain Juppé, die ihrerseits im Juni 2000 einen Plan für eine Verfassung vorlegten, der u.a. die Wahl eines Europäischen Präsidenten durch den Europäischen Rat mit einem Mandat von dreißig Monaten vorsah, die Schaffung einer zweiten Kammer, der so genannten „Nationenkammer" und die Einsetzung einer Europäischen Regierung, die für die Dauer von drei Jahren durch den Europäischen Rat ernannt wird.[25] Die Regierung Jospin blieb ihrerseits sehr vorsichtig im Hinblick auf den Vorschlag einer Europäischen Verfassung, was sicher die unterschiedlichsten Interpretationen offen lässt. Jacques Delors, dem man Zurückhaltung in Bezug auf die Vertiefung der EU nachsagen kann, hat Stellung genommen gegen den Vorschlag einer Verfassung, da er fürchtete, dass diese die minimalen Kompetenzen für eine erweiterte EU zum Nachteil dessen kodifizieren könnte, das ihm wesentlich erscheint im Hinblick auf die Herausforderung der Erweiterung: Eine Föderation von Nationalstaaten, die die Staaten einer „europäischen Avantgarde"[26] repräsentieren.

Anmerkungen

Übersetzt aus dem Französischen von Lisa Förster, M.A., freie Übersetzerin, München.

1 Gegenüber der früheren Reform der GAP im Jahr 1992 wird die Verringerung der Preise nur teilweise durch direkte Hilfen ausgeglichen.
2 Agenda 2000: accord à l'arraché à Berlin, in: Libération, 27./28. März 1999.
3 Diese Position wird dennoch zum Ausschluss zweier französischer Regionen (Korsika und Hennegau) führen, die in den Rahmen von Zielregion 1 fallen. Als Zielregion 1 kommen Regionen in Frage, deren BIP unter 75% des EG-Durchschnitts liegt. Bei strenger Anwendung dieses Kriteriums sind die überseeischen französischen Departements die einzigen französischen Regionen, die davon profitieren können.
4 Gemeinsame Pressekonferenz des Präsidenten Jacques Chirac und des Staatssekretärs für Europäische Angelegenheiten Pierre Moscovici in Berlin am 26. März 1999; Gemeinsame Pressekonferenz des Staatssekretärs für Europäische Angelegenheiten Pierre Moscovici und des deutschen Staatssekretärs für Europafragen Günter Verheugen in Bonn am 19. April 1999, siehe http://www.diplomatie.fr
5 Schlussfolgerungen des Europäischer Rates von Berlin, 24./25. März 1999, Punkt 10.
6 Eurobaromètre, Nr. 52, April 2000.
7 Vgl. Gespräch mit Pierre Moscovici in La Croix vom 3. April 2000 und Gespräch mit Hubert Védrine in Ouest-France vom 20. April 2000.
8 Vgl. die Aussagen von Pierre Moscovici in Agence Europe vom 29. Juni 2000.
9 Erklärung Belgiens, Frankreichs und Italiens im Protokoll über die Institutionen zur Perspektive der Erweiterung der Europäischen Union, Anhang zum Vertrag von Amsterdam.
10 Gespräch mit dem Außenminister Hubert Védrine mit France 2, 21. Juni 2000.
11 Vgl. Gespräch mit Pierre Moscovici, in: Le Monde, 16.09.1998; Agence Europe, 01. 09.1998.
12 Rede des Staatssekretärs für Europäische Angelegenheiten, Pierre Moscovici vor dem Wirtschafts- und Sozialrat, Paris, 28. Juni 2000.
13 Gespräch des Außenministers Hubert Védrine mit TV 5, Paris, 15.02.2000.
14 Vgl. Mitteilung der Europäischen Kommission vom 26. Januar 2000, COM (2000) 34.
15 Eine Entscheidung gilt als angenommen, wenn sie sich auf eine Mehrheit der Mitgliedstaaten stützen kann und überdies die Hälfte der Bevölkerung der Europäischen Union darstellt.
16 Schreiben der französischen Regierung vom 24. Februar 2000; Gespräch mit Pierre Moscovici mit Libération, 14. Februar 2000.
17 Frankreich scheint nicht zu befürworten, dass ein Mehrheitsverfahren wie in den „klassischen" Sektoren der Gemeinsamen Handelspolitik üblich in den Bereichen Dienstleistungen und geistiges Eigentum angewandt wird.
18 Anhörung des Staatssekretärs für Europäische Angelegenheiten Pierre Moscovici vor dem außenpolitischen Ausschuss der Nationalversammlung, Paris, 29. Juni 2000.
19 Vgl. Gespräch mit Hubert Védrine, in: Le Monde vom 14. und 15. Mai 2000.
20 Sylvie Goulard: „La France 'pratiquante mais on croyante'? Les vrais enjeux d'une présidence modeste", in: Politique Etrangère, Juli 2000.
21 Vgl. Gespräche mit Jacques Delors in: Le Monde vom 19.01.2000; Bericht des 'Commissariat au Plan' unter Vorsitz von Jean-Louis Quermonne: L'Union européenne en quête d'institutions légitimes et efficaces, Paris, La Documentation Française, 1999.
22 Rede von Jacques Chirac vor dem Bundestag am 27. Juni 2000, siehe http://www.elysee.fr
23 Libération, 26. Juni 2000.
24 Le Monde, 14. Juni 2000; wenig später präzisierte François Bayrou seinen Entwurf für eine Verfassung für Europa, vgl. Le Monde, 28. Juni 2000.
25 Vgl. Le Figaro vom 16. Juni 2000.
26 Vgl. Gespräch mit Jacques Delors in La Croix vom 5. Juli 2000.

Weiterführende Literatur

Enlargement/Agenda 2000 – Watch Nr. 2/1999, Februar 2000, S. 128; Enlargement/Agenda 2000 – Watch Nr. 1/1999, Juni 1999, S. 147. Siehe auch http://www.tepsa.be

L'Union européenne en quête d'institutions légitimes et efficaces, Bericht der Arbeitsgruppe des Commissariat Général au Plan unter Vorsitz von Jean-Louis Quermonne, Paris, La Documentation Française, 1999.

Lequesne, Christian und Rozenberg, Olivier, „La ratification du traité d'Amsterdam par la France: une politisation paradoxale", in: Annuaire Français de Relations Internationales, Bruylant, 2000.